

Votum des Ortsbeirats übergegangen

Kleblatt-Mehrheit im Stadtparlament stimmt grundsätzlich für Wohnbebauung auf ABB-Areal / Ausschuss berät begleitend

Von Dirk Iding

Hanau/Großauheim ■ Die Hanauer Stadtverordnetenversammlung hat sich in ihrer Sitzung am Montagabend mit Mehrheit grundsätzlich für ein Neubaugebiet auf einem Teilstück des ABB-Werksgebietes an der Brown-Boveri-Straße ausgesprochen. Das Parlament verabschiedete mit den Stimmen der Kleblatt-Fraktionen von SPD, FDP, Grünen und BfH einen Aufstellungsbeschluss für einen entsprechenden Bebauungsplan und setzte sich damit über ein ablehnendes Vo-

tum des Großauheimer Ortsbeirates hinweg.

Im Großauheimer Stadtteilparlament sind die Planungen - wie berichtet - auf deutliche Ablehnung gestoßen. Für Ortsbeiratsmitglied und Stadtverordneten Christopher Göbel (CDU) ist das Gelände für Wohnbebauung denkbar schlecht geeignet. Er befürchtet „Nachbarschaftskonflikte“ zu angrenzenden Gewerbeflächen. Wohnbebauung an dieser Stelle könnte beispielsweise Entwicklungen im Gewerbepark Großauheim-Süd und in der Großauheim-Kaserne behindern. Ebenfalls

auf dem ABB-Gelände geplanter Einzelhandel werde zur Konkurrenz für Geschäfte an der Hauptstraße, so Göbel. Kritik wurde aus Reihen der CDU auch an der vorgesehenen verdichteten Wohnbebauung geübt. Dort sollen unter anderem 98 Reihenhäuser auf bis zu 100 Quadratmeter kleinen Grundstücken entstehen. CDU und Republikaner forderten, den Aufstellungsbeschluss zunächst in den Struktur- und Umweltausschuss zu verweisen, um noch offene Fragen zu klären. Oberbürgermeister Claus Kaminsky und Wirtschaftsde-

zernent Dr. Ralf-Rainer Piesold warfen der Union vor, mit ihrer ablehnenden Haltung Arbeitsplätze bei ABB zu gefährden. Das Unternehmen habe massiv in den Standort investiert, auch vor dem Hintergrund, dass ein Teil der Investitionen über den Verkauf des für Wohnbebauung und Einzelhandel vorgesehenen Werksgebietes refinanziert werden kann. Kaminsky und Piesold ließen durchblicken, dass die Stadt dem Unternehmen im Vorfeld offenbar Zustimmung zu den Plänen signalisiert hat. Kaminsky: „Wir stehen mit dem

Aufstellungsbeschluss am Anfang eines geordneten Verfahrens. Offene Fragen und entsprechende Abwägungen können im Laufe des Verfahrens geklärt werden.“

Ähnlich äußerte sich der Großauheimer SPD-Stadtverordnete Thomas Straub. Er plädierte dafür, dass die Stadtverordnetenversammlung dem Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan grundsätzlich zustimmt, ihn aber zur begleitenden Beratung in den Struktur- und Umweltausschuss verweist. Dort solle auch der Großauheimer Ortsbeirat zu dem

Thema gehört werden. Straub: „Im weiteren Verfahren wird sich die Stadtverordnetenversammlung mindestens noch zweimal mit dem Projekt befassen müssen. Sollte sich herausstellen, dass das Projekt, so wie es sich ABB jetzt vorstellt, nicht umsetzbar ist, kann das Parlament noch immer eingreifen.“

CDU, Republikaner und Linke lehnten dieses Vorgehen gleichwohl ab. Sie fürchten, dass mit dem Aufstellungsbeschluss eine falsche Grundsatzentscheidung getroffen wurde.